



Personen – Fakten – Trends

Missbrauchsstudie der katholischen Bischöfe

Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat am 12. September 2018 in einer Vorabmeldung Teile einer vertraulichen Missbrauchsstudie veröffentlicht, die von der Deutschen Katholischen Bischofskonferenz (DKB) bei einem Forschungskonsortium der Universitäten Mannheim, Heidelberg und Gießen vor fünf Jahren in Auftrag gegeben worden war.

Laut „Der Spiegel“ geht aus den mehr als 38.000 Personalakten, welche die Forscher in den 27 deutschen Bistümern einsehen konnten, hervor, dass im Zeitraum zwischen 1946 und 2014 in kirchlichen Einrichtungen nachweislich 3.677 Verbrechen sexueller Gewalt gegen Minderjährige von insgesamt 1.670 Tätern verübt wurden. Mehr als die Hälfte der Opfer sei jünger als 13 Jahre gewesen.

Wie „Der Spiegel“ weiter mitteilt, werde von den Autoren der Studie eigens darauf hingewiesen, dass die jeweiligen kirchlichen Vorgesetzten beschuldigte Kleriker häufig nur an einen anderen Ort versetzt hätten, ohne die neue Gemeinde entsprechend zu informieren. Nur ein Drittel der Täter habe sich einem kirchenrechtlichen Verfahren stellen müssen.

Die Hälfte aller Fälle sei laut Studie ohne Antrag auf Entschädigung durch die Betroffenen nicht einmal entdeckt worden, weil die Personalakten der Beschuldigten keine belastenden Hinweise mehr enthielten. Diese seien wohl „vernichtet oder manipuliert“ worden. Daraus könnten Rückschlüsse auf „das Ausmaß des anzunehmenden Dunkelfeldes“ gezogen werden.

Humanitäre Hilfe für Palästinenser in Gefahr

Der Chef des UN-Flüchtlingshilfswerks für Palästinenser (UNRWA), Matthias Schmale, schlägt angesichts mangelnder Finanzierung seiner Organisation Alarm. "Das Geld reicht nur noch für einen Monat", sagte Schmale der "Frankfurter Rundschau" im September. Das Hilfswerk betreibt unter anderem Schulen, Gesundheitszentren und Lebensmittelausgabestellen.

Ende August hatte die deutsche Bundesregierung bereits bestätigt, die Unterstützung für das UNRWA aufstocken zu wollen, um das aktuelle Defizit der Finanzierung zu verkleinern. Verantwortlich für das Defizit macht das Hilfswerk die US-Regierung. Diese hatte angekündigt, einen Großteil ihrer Beiträge in Höhe von umgerechnet 276 Millionen Euro zurückzuhalten.

Kritik gab es dafür vom Weltkirchenrat (ÖRK). Generalsekretär Olav Fykse Tveit warf Washington die "Politisierung humanitärer Hilfe" vor. Mit Blick auf die Konfliktparteien aber auch die internationale Gemeinschaft beklagte der ÖRK-Vertreter zudem einen "erbärmlichen Mangel an Willen oder Fähigkeit, einen gerechten Frieden in der Region herbeizuführen".

Ende Juni habe die UNRWA bereits 100 Mitarbeiter entlassen und mehr als 500 auf Teilzeit setzen müssen, sagte Direktor Schmale der "Frankfurter Rundschau". Dem Bericht zufolge hat das UNRWA im Gazastreifen rund 13.000 Mitarbeiter.

Kritik entzündete sich immer wieder am „anti-israelischen“ Inhalt von Schulbüchern, die in den Schulen des Hilfswerks verwendet werden.

Schmale gibt zu bedenken: „Wir können unmöglich 8000 Lehrer kontrollieren.“

Venezuela – am Rande eines Bürgerkrieges

Mehr als 40 katholische Bischöfe aus Venezuela haben Anfang September 2018 während ihres Ad-Limina-Besuchs in Rom Papst und Kurie über ihre jeweiligen Diözesen sowie über die „andauernden Menschenrechtsverletzungen der Links-Regierung Nicolás Maduro“ unterrichtet.

Jüngste Berichte der internationalen Presse über die katastrophale Versorgungslage in Venezuela und über das brutale Vorgehen von Militär und Regierungs-Milizen gegen die Opposition wurden von den Bischöfen vollumfänglich bestätigt.

Ihrem Ad-Limina-Bericht zufolge befindet sich Venezuela seit geraumer Zeit „am Rand eines Bürgerkrieges“. Rund 10 Prozent der Gesamtbevölkerung von 32 Millionen hätten sich allein während der vergangenen zwei Jahre ins benachbarte südamerikanische Ausland abgesetzt und damit eine der bisher größten Flüchtlingskrisen des Subkontinents ausgelöst.

Pakistan: Wird das Blasphemie-Gesetz verschärft?

Der frühere Cricketstar Imran Khan (65) ist Pakistans neuer Premierminister. Seine Partei "Pakistan Tehreek-e-Insaf" (PTI) ging aus der Parlamentswahl im Juli dieses Jahres als stärkste Kraft hervor, wie pakistanische Medien berichteten. Allerdings werde Khan eine Koalitionsregierung bilden müssen, da er nicht die absolute Mehrheit der Parlamentssitze gewonnen habe. Die unterlegene ehemalige Regierungspartei "Pakistan Muslim League" (PML-N) sprach von Wahlbetrug und drohte, das Wahlergebnis nicht anerkennen zu wollen. Die "Gesellschaft für bedrohte Völker" (GfbV) zeigte sich besorgt über die Zukunft der religiösen und ethnischen Minderheiten in Pakistan unter Khan. Es werde "keine Liberalisierung der drakonischen Blasphemie-Vorschriften und keinen wirksameren Schutz von Christen vor islamistischer Gewalt geben", erklärte GfbV-Direktor Ulrich Delius in Göttingen. Der frühere Playboy und Frauenheld Khan sei in den vergangenen Jahren immer religiöser geworden und stehe heute streng islamischen Kreisen nahe.

Auch mit Blick auf die ethnische Minderheit der Belutschen äußerte die GfbV Besorgnis. Khan gelte als "Mann der Armee", die seit Jahren mit aller Gewalt Menschenrechte in Belutschistan verletze und Belutschen verfolge. Die Hoffnung, dass die Straflosigkeit dort beendet werde, sei durch seinen Wahlsieg zerschlagen worden. Khan hatte im Wahlkampf ein "neues Pakistan" und einen "islamischen Wohlfahrtsstaat" nach dem Vorbild des Propheten Mohammed und der Vision des Gründers von Pakistan, Mohammed Ali Jinnah, versprochen. Zudem will er nach eigenen Aussagen die Vormachtstellung des Militärs in der Politik Pakistans brechen, obwohl er die Wahl durch die massive Unterstützung der Armee gewonnen hatte.

USA: Trauer um Richard Sipe

Am 8. August 2018 starb in La Jolla im US-Bundesstaat Kalifornien der weltbekannte Psychotherapeut Richard Sipe im Alter von 85 Jahren. Der Ex-Benediktiner, der 1970 den Orden verlassen und geheiratet hatte, war in seiner fast 60-jährigen therapeutischen Tätigkeit nicht nur Tausenden von Tätern und Opfern klerikalen Missbrauchs begegnet. Sipe war außerdem einer der allerersten, der in seinen zahlreichen Büchern, Aufsätzen und Vorträgen den Umgang der katholischen Kirche mit der Sexualität und die in kirchlichen Einrichtungen begangenen Sexualverbrechen dokumentierte und unter die Lupe nahm.

Auf seiner Website „Celibacy, Sex & Catholic Church“ wurden bis zu seinem Tod hochrangige Mitglieder des kirchlichen Schweigekartells nicht nur beim Namen genannt, sondern auch ihrer jeweiligen Verbrechen angeklagt. Päpste, Kurienvertreter und US-Bischöfe konnten dort rund 15 Jahre vor dem „angeblich erst jetzt aufgedeckten Sex-Skandal um Kardinal Theodore McCarrick“ schon nachlesen, wie es der ehemalige Erzbischof von Washington DC „mit Amt und Sex hielt“.

Sipe, der bei seinem Kampf gegen die Vertuschung klerikaler Sexualdelikte immer eng mit dem Dominikaner Thomas Doyle zusammenarbeitete, hat nach Meinung seines langjährigen Freundes „innerkirchliche Reformen in Gang gesetzt, die wir vor 50 Jahre noch für undenkbar hielten.“

Dämpfer für Ruandas Kirchen

In Ruanda hat die Regierung von Präsident Paul Kagame ein neues Gesetz erlassen, demzufolge alle kirchlichen Einrichtungen des zentralafrikanischen Landes künftig in regelmäßigen Abständen staatlichen Kontrollen unterzogen werden können.

Schon Monate bevor das neue Religionsgesetz Ende Juli 2018 in Kraft trat, waren per Regierungsverordnung mehr als 8.000 christliche und muslimische Gebetsstätten vorübergehend geschlossen worden, weil dort, so das Behörden-Kommuniqué, die für öffentliche Gebäude geltenden Hygiene- und Sicherheitsstandards „sträflich missachtet“ worden seien.

Wie der Leiter der für das Überwachungsprogramm zuständigen Behörde (Rwanda Governance Board), Anastase Shyaka, gegenüber der Presseagentur „Kigali Today“ erklärte, leite die Regierung ihre Verpflichtung zu strengeren Aufsichtsmaßnahmen u.a. auch aus der kaum noch zu leugnenden Tatsache ab, dass in den letzten Jahren ein besorgniserregender „Wildwuchs pfingstkirchlicher Kleingemeinden“ stattfand, welche nicht selten von „Scharlatanen“ zur persönlichen Bereicherung als auch zur politischen Indoktrination missbraucht würden.

Laut Gesetz müssen die Leiter kirchlicher Einrichtungen in Zukunft ein „theologisches Diplom“ vorlegen und den Eingang von Spenden für ihre Gemeinde über Konten auf ruandischen Banken abwickeln.

Von Beobachtern der kirchlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklung in Ruanda wird im Zusammenhang mit dem neuen Religionsgesetz darauf hingewiesen, dass es in dem zentralafrikanischen Land nach den schweren Stammeskonflikten der 1990-er Jahren „naiv und fatal wäre, würde der Staat seine Aufsichtspflicht vernachlässigen.“

Misereor geißelt „Wild-West“ im Bergbau

Angesichts immer neuer Menschenrechtsverletzungen und Umweltvergehen durch global agierende Großkonzerne in Schwellen- und Entwicklungsländern fordern MISEREOR und andere kirchliche Hilfswerke strengere Regeln für deren Geschäftsgebaren.

Gegenüber der deutschen Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) verwies der Chef von MISEREOR, Pirmin Spiegel, auf die Umweltenzyklika "Laudato si": Darin habe Papst Franziskus seine ehemaligen Kollegen aus der argentinischen Bischofskonferenz mit den Worten zitiert: "Wir stellen fest, dass es häufig multinationale Unternehmen sind, die hier tun, was ihnen in den entwickelten Ländern beziehungsweise in der sogenannten Ersten Welt nicht erlaubt ist."

Aus Sicht von MISEREOR fehlten "letztlich weltweit verbindliche Regeln, die die Rolle von Unternehmen nachhaltig und im Sinne eines sozial-ökologischen Wandels definieren", so Spiegel. Schon jetzt stünden dem Staat zahlreiche Hebel zur Verfügung, um bei den Akteuren der Privatwirtschaft die Achtung der Menschenrechte im Ausland durchzusetzen. Einer dieser Hebel könne über die „Außenwirtschaftsförderung“ in Bewegung gesetzt werden.

Spiegel erinnerte daran, dass fast ein Drittel aller Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen, an denen transnationale Konzerne beteiligt sind, Energie- und Bergbauprojekte betreffen.

Kirchen in der BRD: Ende der fetten Jahre

Von den rund 82,7 Millionen in Deutschland lebenden Menschen gehören circa 57,6 Prozent einer christlichen Kirche an. Das geht aus den von der Deutschen Bischofskonferenz und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) jüngst veröffentlichten Daten hervor.

Bundesweit hatte die katholische Kirche 2017 demnach rund 23,3 Millionen Mitglieder, was 28,2 Prozent der Gesamtbevölkerung entspricht. Die EKD bezifferte die Zahl ihrer Mitglieder in den 20 Landeskirchen auf 21,5 Millionen, was einem Anteil von etwa 26 Prozent entspricht. Hinzu kommen 295.000 Mitglieder von evangelischen Freikirchen, 1,5 Millionen Orthodoxe sowie schätzungsweise 565.000 Angehörige anderer christlicher Kirchen oder Gemeinschaften.

Sowohl bei Protestanten wie auch bei Katholiken blieb der Trend bei den Mitgliederzahlen 2017 rückläufig. Verantwortlich dafür sind demografische Faktoren - aber auch eine weiterhin merkliche Zahl von insgesamt rund 367.500 Austritten. Aus der katholischen Kirche traten im vergangenen Jahr 167.504 Menschen aus; die EKD meldet 200.000 Austritte.

Ungeachtet der sinkenden Mitgliederzahlen stiegen die Kirchensteuereinnahmen weiter an. Bei der katholischen Kirche waren es 2017 rund 6,43 Milliarden Euro (2016: 6,15 Milliarden Euro), die EKD verzeichnete 5,67 Milliarden Euro (2016: 5,45 Milliarden Euro). Hauptgrund hierfür sei die gute wirtschaftliche Lage und die damit verbundene positive Entwicklung bei den Löhnen und Einkommen in Deutschland, hieß es. Zugleich stelle man sich aber auf sinkende Einnahmen in der Zukunft ein, wenn die geburtenstarken Jahrgänge das Pensionsalter erreichen.

Papst warnt neue Bischöfe vor Klerikalismus

Papst Franziskus hat eine derzeit in Rom zu einem mehrwöchigen Schulungskurs versammelte Gruppe von 74 neu ernannten Bischöfen aus aller Welt vor den fatalen Folgen des Amtsdünkels und des Klerikalismus gewarnt.

Ein Bischof müsse an der Seite der Schwächsten stehen, und «nicht daran interessiert sein, seinen guten Namen zu schützen». Ausdrücklich mahnte Franziskus die Hirten, die Nähe zu den Menschen auf den «Straßen der Welt» zu suchen. Das Evangelium verkünde man «nicht im Sitzen, sondern unterwegs». Komfortdenken und die Suche nach weltlichen Sicherheiten seien mit dem Aposteldienst nicht vereinbar.

Der Papst forderte die neuernannten Bischöfe auf, Prestige- und Karrieredenken zu meiden. Das pastorale Handeln dürfe sich nicht auf am Schreibtisch entstandene Entwürfe stützen, sondern sich im unermüdlichen Zuhören entwickeln.

An dem von der Kurien-Kongregation für die Evangelisierung der Völker durchgeführten 2-wöchigen Kurs nahmen Bischöfe aus 34 Ländern (17 afrikanischen, 8 asiatischen, 6 ozeanischen und 3 lateinamerikanischen) teil.

Jugendliche fordern Mitsprache und Transparenz

Bei einem „Vernetzungstreffen“ von Vertretern der wichtigsten Katholischen Jugendverbände der deutschsprachigen Länder, das Anfang September 2018 in München stattfand, appellierten die Teilnehmer in einer gemeinsamen Erklärung an die Mitglieder der bevorstehenden Jugendsynode (3.-28. Oktober), sich für eine definitive Abkehr vom Klerikalismus sowie für mehr Transparenz in der Kirche einzusetzen. „Wir wollen eine Kirche mit transparenten Strukturen“, heißt es in der Erklärung wörtlich.

Die Tagungsteilnehmer forderten die „Synodenväter“ auf, sich außerdem für eine größere Mitsprache junger Menschen in den Entscheidungsgremien der Kirche sowie generell für eine „geschlechterparitätische Besetzung von Leitungsgremien“ stark zu machen.

Indien legalisiert Homosexualität

In einer historischen Entscheidung hat Indiens Oberstes Gericht das Verbot der Homosexualität aufgehoben. Der sogenannte Antihomosexuellen-Paragraf 377, so begründeten die Richter ihr Anfang September einstimmig gefälltes Urteil, verletze die Verfassungsprinzipien.

Die Entscheidung über den 150 Jahre alten, aus der britischen Kolonialzeit stammenden Paragrafen musste nach Auffassung des Richterorgans u.a. auch deshalb getroffen werden, weil die Kriminalisierung der Homosexualität „irrational, willkürlich und unverständlich“ sei.

Der Streit um die Abschaffung des Paragrafen 377 beschäftigte über Jahrzehnte hinweg Indiens Politik, Gesellschaft und Justiz. Gegen eine Streichung des kontroversen Paragrafen hatten sich in der Vergangenheit vor allem hinduistische, muslimische und evangelikale Organisationen gewandt.

Die Obersten Richter Indiens legten gleichzeitig fest, dass es künftig ausschließlich ihre und nicht mehr Sache des Parlaments sei, bestehende Gesetzesvorschriften abzuändern oder abzuschaffen, sobald dadurch „fundamentale Rechte“ (zu denen laut Verfassung auch die Rechte Homosexueller zu zählen seien) verletzt würden.

Rückkehr Lombardis zur „Civiltà Cattolica“

Der aus Norditalien stammende Jesuit Frederico Lombardi (76), der 2006 von Benedikt XVI. mit der Leitung des vatikanischen Presseamtes beauftragt worden war und sich 2016 in den Ruhestand verabschiedet hatte, gehört seit Anfang September 2018 erneut zum Team der renommierten italienischen Jesuiten-Zeitschrift „Civiltà Cattolica“, die als inoffizielles Sprachrohr von Papst Franziskus gilt.

Lombardi war vor seinem Wechsel in den Vatikan über 20 Jahre stellvertretender Chefredakteur der „Civiltà Cattolica“ gewesen.

Neues Bündnis gegen klerikales Schweigekartell

Mitte dieses Jahres haben sich auf einem Treffen in Genf Menschenrechtsaktivisten und Vertreter von Kinderschutzorganisationen aus insgesamt 18 Ländern zu einem neuen „Bündnis gegen das klerikale Schweigekartell“ zusammengeschlossen. Der neu eingetragene Verein, der sich „EndingClergyAbuse“ (ECA – Global) nennt, hat sich zum Ziel gesetzt, gegen sexuelle und jedwede andere Form von Gewalt in der Kirche anzukämpfen und langfristig eine „Null Toleranz“-Politik gegenüber Tätern und Komplizen durchzusetzen.

Mitglied im ECA ist aus Deutschland der frühere Jesuitenschüler Matthias Katsch vom „Eckigen Tisch“ und aus England Peter Saunders, der in einem Interview mit „imprimatur“ (4/2016) über seine „frustrierten Erwartungen“ in der Päpstlichen Kinderschutzorganisation gesprochen und u.a. festgestellt hatte: „Das Leben eines Kindes kannst du in Sekunden zerstören.“

Piusbrüder kritisieren Ächtung der Todesstrafe

Aus ihrer Zentrale im schweizerischen Ecône hat die traditionalistische Piusbruderschaft scharfe Kritik an der Ächtung der Todesstrafe durch Papst Franziskus geübt, nachdem dieser Anfang August 2018 den Katholischen Katechismus dahingehend abgeändert hatte, dass die Todesstrafe „unzulässig“ sei, weil sie „gegen die Unantastbarkeit und Würde der Person“ verstoße.

Bezüglich des „neuerlichen Traditionsbruchs“ im Pontifikat des Argentiniers heißt es im Schreiben aus Ecône: „Wenn die Obrigkeit in Rom derart dreist eine fast zwei Jahrtausende alte etablierte Lehre widerrufen kann, was kommt dann als Nächstes?“

Auf den derzeitigen Stand der Verhandlungen zwischen Piusbrüdern und Vatikan sowie darüber, ob die rund 600.000 Mitglieder zählende Bruderschaft noch in diesem Jahr ähnlich wie das Opus Dei in den Rang einer „Personalprälatur“ erhoben wird, geht die Erklärung aus Ecône nicht ein.